

Vorwort

Willkommen zur Mitgliederinformation im Juli!

Die politische Sommerpause verursacht in der Regel eine Leere an politischen Themen. Bei uns scheint das dieses Jahr anders zu sein. Nicht nur die Schließung des Hafens in Friedrichskoog ist ein aktuelles Thema. Auch einige aktuelle Themen, die nur wenig öffentliches Interesse finden werden hier behandelt.

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe!

Mit solidarischem Gruß
Daniel Hofmann
(Kreisvorsitzender)

Aktuell

Schließung des Hafens in Friedrichskoog ist sinnlos!

von Daniel Hofmann

Laut eines Kabinettsbeschlusses der schwarz-gelben Landesregierung in Kiel soll der Hafen von Friedrichskoog, auf Grund von Sparmaßnahmen, im Jahr 2011 geschlossen

.
Eine Schließung des Hafens wäre nicht nur ein Einschnitt für viele Anwohner, die vom Hafen abhängig sind und durch diesen ihren Unterhalt finanzieren, sondern würde auch kostentechnisch keine Vorteile für die Landeskassen bringen.

Der Hafen dient auch zur Entwässerung der umliegenden landwirtschaftlich genutzten Gebiete. Wird der Hafen geschlossen, muss eine neue Entwässerung gebaut werden, die mehrere Millionen Euro kosten würde. Die momentane Unterhaltung des Hafens beläuft sich momentan auf ca. 600.000 Euro pro Jahr.

Und trotz der drohenden Schließung wird der Hafen auch noch aufwendig saniert, was in keinem Verhältnis zu einer darauf folgenden Schließung steht.

Die Landesregierung gibt so in Dithmarschen eine weitere Visitenkarte ihrer unkonstruktiven Arbeitweise ab!

Welch eine objektive Zeitung!

von Josef Zehethofer

Wer von uns am Freitag den 23.07. die DLZ aufschlug erblickte einen Leserbrief eines Parteimitgliedes; Die getürkte Überschrift: Die Linke übernimmt den AsD.

Daraufhin folgten durcheinandergeworfene Behauptungen und Wahrheiten. Wobei die Unwahrheiten überwogen. Der Stil des Leserbriefes erinnerte an den zusammen gewürfelten Haufen um den Wanderbewerberbürgermeisterkandidaten Axel Sieck; Als dann der Verfasser genannt wurde fasste sich mancher der Mitglieder an den Kopf und wurde wütend. Wütend auf jemand, der da er nicht zum Zuge kam nun unsachlich, gemein und lügnerisch wird.

Leider kommt dieser unsolide Leserbrief in einer Zeit in der der Verein AsD e.V. in Rehm-Flehde-Bargen ein Jugendprojekt aufbaut; Unsolide ist es auch von der DLZ diesen Leserbrief ohne Nachfrage einfach abzudrucken.

Der Vorstand des Vereines des AsD kann nur die realen zahlen des Mitgliedes Markus wiederholen: Gewiss ist ein geringer Teil der aktiven Mitglieder Mitglied in der Linkspartei; Jedoch besteht der größte Teil (mittlerweile über 120) aus allen Schattierungen von Parteimitgliedern. Wir haben noch nie jemand abgewiesen sollte er seine Parteizugehörigkeit erwähnen: dieses interessiert uns nicht. Uns interessiert der Mensch und nicht das Parteibuch; Jedoch legen wir sehr viel Wert auf einen gepflegten, nicht von Lügen geprägten Umgang miteinander.

Welch eine gute Krankenversorgung im WKK!

von Josef Zehethofer

Vor gut einer Woche kam ein Patient als Überweiser in das WKK. Er hatte sich den Torax geprellt und es wollte und wollte nicht heilen; Um eine zweite Meinung einzuholen schickte der behandelnde Arzt den Patienten zu einer Untersuchung in das WKK.

Die Untersuchung erfolgte: Kurzes Abtasten, drücken auf das Brustbein, abhören. Diagnose: es ist nicht lebensbedrohend, eine Prellung tut weh, aber dagegen gibt es Tropfen, täglich davon bis zu 120 dann ist die Arbeitsfähigkeit gegeben. Leider steht bei diesen Tropfen: Verringerung der Reaktionsfähigkeit; (Patient ist LKW-Fahrer).

Dieses ist keine Satire. So sieht mittlerweile unsere 3 KlassenMedizin aus: Mediziner als Büttel der Wirtschaft und nicht mehr als Arzt.

Ein FDP-Minister verschenkt das Geld der Firmen

Von Josef Zehethofer

Begrüßungsgeld für Fachkräfte aus dem Ausland? Dieses ist leider keine Satire; Es ist ein weiterer Meilenstein im Versagen der Regierung gegen die ausbildungsunwilligen Firmen; Gleichzeitig zeigt es die menschenverachtende Politik einer Lobbyistenpartei - es werden einfach Menschen aus ihren Heimatorten gerissen, verschickt damit die Firmen noch mehr Gelder am Finanzamt vorbei bei ausländischen Banken anlegen können; Natürlich haben diese Verbrecher keine großen Strafen zu erwarten. Wenn sie erwischt werden, dann bezahlen sie eben nach und gehen straffrei aus. Sie müssen gezwungen werden diese Gelder in die Ausbildung junger Menschen zu investieren; Alles andere ist nur Menschenhandel. Wieder einmal wollen sich die Firmen aus der Verantwortung stehlen - Gewinne privatisieren (am Finanzamt vorbei), soziales in die Hände anderer Staaten.

Dagegen muss Widerstand aufgebaut werden. Unsere Bürgerinnen und Bürger werden in das Abseits geschickt (auf die Straße geworfen), die Bürger anderer Staaten dem Aufbau dieser Länder entzogen;

So eine Politik ist kennzeichnend für diese Regierung. Menschenverachtend und gewinnorientiert. Soziales ist ein Fremdwort - nur die "Ungeschickten" wählen weiterhin diese !!!

Die Bundesregierung ist glücklich

von Josef Zehethofer

Eine Reform jagt die nächste. Jede neue Reform verschlechtert die Bedingungen für die arbeitende Bevölkerung. Wir fragen uns tatsächlich: "wie lange wird sich das Volk diese Ausbeutung und Umverteilung noch gefallen lassen?"

Andreas Hofer sagte vor Jahrhunderten: "Mann der es ist Zeit.....!!!!". In der BRD ist die Zeit für politische Veränderungen längst fällig. Überall wird gekürzt, verkauft wird es als "Sparen". Gleichzeitig werden Millionen an dem Finanzamt vorbei in das Ausland verschoben. Und es interessiert niemand vom Volk. Es wird der Betrag von einer halben Milliarde genannt.

Wäre diese Regierung für alle da, dann würde sie dieses Geld beschlagnahmen um damit den Haushalt sanieren. Nein, nein, so schreit die Klientelpartei: ...die armen Reichen...; Lieber die Sozialleistungen kürzen und ordentlich nach oben umverteilen, damit sich noch ein Auto mehr geleistet werden kann.

"Und die Musi spielt dazu..." ein anderer Satz für: "Wir können doch nichts machen." Das Stimmt nicht: Menschen beteiligt Euch an der Partei "Die Linke". Diese Partei ist

noch jung und die könnt ihr noch in Eurem Sinne beeinflussen;

Nach der letzten Zeitungsmeldung (Beobachtung durch den BND) wissen wir, dass die Klüngelei in Berlin Angst vor uns hat. WARUM? Wir sind als Partei für die Menschen da. Sie wissen genau, im Falle einer Regierungsübernahme würden alle ihre "Klüngeleien und Schweinereien" an die Öffentlichkeit gezerrt; Natürlich würden wir die Verantwortlichen ohne Rücksicht auf die Person zur Rechenschaft ziehen; Welch ein Rechtsstaat: ein ehemaliger Kanzler (Kohl) hat ein Blackout über die Spender und geht frei aus; Ein HARTZ IV Empfänger der sich verrechnet hat bekommt Sperre;

Bei unserer Regierungsverantwortung würde es eben umgekehrt laufen: jeder wird dann für seine vergangenen Schweinereien bestraft. Natürlich im Namen des Volkes durch die Gerichte; Nur das Parlament gibt die Gesetzesvorlagen vor.

Als erstes: Einbeziehung es Vermögens für Steuerbetrüger. Dieses wäre heute bereits machbar. Es wird jedoch nicht durchgeführt. Ich frage: "Warum??".

Zweitens: Überprüfung der Ausgaben für unsere Volksvertreter. Gleichzeitig Kürzung um 50%. Bis sie den Staat wieder konsolidiert haben.

Drittens: Steuer auf das Vermögen; Jedes Vermögen über 100.000 Euro wird zu 60% versteuert.

Dieses ist nur ein Teil eines Maßnahmenpaketes,

"Mit den Menschen für den Menschen in einem menschlicheren Staat für Alle"

Landeskonzferenz "Kommunen in Not"

Sparpaket der Regierung - die Menschen werden abgezockt / die Kommunen verarmen / Berlin tanzt

Von Josef Zehethofer

Am 24.07.2010 lud die Partei die Linke Interessierte nach Neumünster zu einer interessanten Veranstaltung ein:

Thema: Kommunen in Not - wie retten wir uns?

Nach der Begrüßung durch den Landessprecher wurde in einem Kurzreferat die "Sparpolitik" der Landesregierung vorgestellt. Kernpunkte waren die Befürchtungen dass die Kommunen durch die Einsparungen handlungsunfähig werden. Es wurden die Auswirkungen des "Schwarz-Gelben-Sparpaketes" an einzelnen Punkten vorgestellt: die Ausgabenseite ist seit dem Jahre 2008 auf Grund von Steuergeschenken wesentlich mehr als die Einnahmenseiten gestiegen. Es ergaben sich 45 MRD an Steuerausfällen. Ein Hinweis erfolgte auf die Auswirkungen der Finanzkrise. Es wurden die Verursacher nicht in die Pflicht genommen. Bis zum Jahre 2020 werden den Kommunen 704 MRD fehlen, sodass die Leistungen für die Bürger

massivst abgesenkt werden; Z. B. Kitas geschlossen, Schwimmbäder und Büchereien usw.

Eine Forderung war daher, dass die Kommunen ein Mitentscheidungsrecht bei der Steuergesetzgebung erhalten. Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer.

Das sogenannte Sparpaket mit all seinen Auswirkungen wird noch geheim gehalten. Es wird im Landeshaushalt weitere Einschnitte geben. z.B. weniger Eingliederungshilfe, Übernahme von Verwaltungsaufgaben des Landes durch die Kommunen ohne Lastenausgleich.

In weiteren Referaten wurde das Beispiel Flensburg erwähnt. Die Stadt hat nicht alles privatisiert damit die Leistungen des öffentlichen Dienstes erhalten werden können. Andere Kommunen verschleudern das "Tafelsilber"; Lokale Probleme können nur vor Ort gelöst werden. Sollten die Kommunen nicht mehr den Menschen ein vernünftiges Angebot an Dienstleistungen erbringen können schalten die Einwohner politisch ab. Gleichzeitig wird die Bevölkerung in Städte abwandern die mehr Geld haben.

Es wurden dann einige Vorschläge unterbreitet: AKTION Rettet die Kommunen, leider sind 92% der Ausgaben weisungsgebunden, viel stärkere Beiträge von den Firmen; Verwaltungen sollten intensiver zusammenarbeiten usw.

Die Demokratie findet vor Ort statt. Die Menschen gestalten vor Ort - sie brauchen deshalb finanzkräftige Kommunen.

In drei Arbeitsgruppen erfolgte dann zu den Themen: Soziales, Bildung und kommunale Beschäftigung eine Vertiefung der vorgetragenen Referate. Es wurden auch positive Städte vorgestellt: Trotz den Schulden haben Berlin und Düsseldorf kostenfreie KITAS;

Der nächste Punkt: Öffentlichkeitsarbeit in Krisenzeiten. Es wurden verschiedene Punkte wie: Krise ist noch nicht bei allen Menschen angekommen, Fragenkatalog für die Sozialverbände, Flyer zur Arbeitsverdichtung usw.

Des Weiteren wurden Vorschläge zu einer Bündnispolitik unterbreitet - eben nicht nur im linken Spektrum Partner zu suchen, Einleitung von Volksbegehren usw.

FAZIT: Es war eine rundum gelungene und interessante Veranstaltung; Der Kreis Dithmarschen war mit drei Vertretern angereist. Auf jeden Fall können wir bereits auf eine Veranstaltung am 20.10.2010, 1900 Uhr, Bürgerhaus Heide mit RAJU hinweisen.

Aus dem Vorstand

Kreisbüro - Finanzieller Kollaps oder mustergültiger Besitz?

Von Daniel Hofmann

Am Freitag, den 30.07.2010, traf sich der Kreisvorstand zu einer außerordentlichen Sitzung in Heide. Schwerpunktthema: Kreisbüro.

Im Laufe der Woche hatte man ein Objekt in Heide gefunden, das den Ansprüchen eines Kreisbüros gerecht werden würde. Auch die Miete ist akzeptabel: 240 €. Hinzu kommen die Unterhaltungs- und Betriebskosten, auch eine Provision ist erforderlich.

Der Landtagsabgeordnete Björn Thoroer hat sich bereit erklärt uns mit 250 € im Monat zu unterstützen. Der Rest müsste vom Kreisverband getragen werden.

Der Kreisvorstand hat sich bei dieser Sitzung weder für noch gegen ein Kreisbüro entschieden. Sicher ist ein Kreisbüro ein Vorteil für die politische Arbeit. Genossen mit bestimmten Aufgaben könnten dort ihre Arbeit erledigen und würden so finanziell entlastet werden. Ebenfalls hätte man einen Anlaufpunkt für jeden, der Interesse hat an der politischen Arbeit der Partei mitzuwirken.

Aber alle dem steht eine weitere wichtige Sache gegenüber: die finanzielle Situation. Sicherlich ist der Kreisverband Dithmarschen finanziell in einem sehr gutem Zustand. Das liegt eben gerade daran, dass man kein Kreisbüro unterhalten muss. Viele andere Kreisverbände im Land sind dadurch schon finanziell ruiniert worden und müssen vom Landesverband unterstützt werden. Solange diese Situation bei Eröffnung eines Büros nicht ausgeschlossen werden kann, ist das Betreiben eines solchen Objektes, in meinen Augen, nur der Blinde Lauf in den Ruin!

Kreisvorstandssitzung am 11.08.2010 in Marne, Gaststätte „Marner Eck“, Süderstraße 20

Beginn: 19.15 Uhr

Tagesordnung

Lag noch nicht vor!

Bericht der Kreistagsfraktion

Von Josef Zehethofer

Bei der letzten Kreistagssitzung wurde der Antrag des Landrates in Verbindung mit den Fraktionsvorsitzenden für die Optionskommune mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Auch die Linke hat sich der Ablehnung angeschlossen. Es gab dazu mehrere Gründe:
1. Die Umstellung hätte dem Kreis vorerst einmal EURO 700.000,00 an Kosten verursacht. Desgleichen wirft der Kreis 20 Menschen raus und stellt sofort wieder 130 ein (ARGE-Mitarbeiter); Wobei niemand über die Folgekosten Antwort geben konnte.

Obwohl wir dann in der Presse Prügel erhalten haben sind wir für die Beibehaltung der ARGE. Auch im Sinne der Menschen vor Ort. Eine weitere Umstrukturierung hätte nur Nachteile für die Arbeitnehmer der ARGE und die Betroffenen HARTZ-IV-Empfänger gebracht. Es war eigentlich ein durchsichtiges Manöver - der Landrat wollte mit dieser Verstärkung der Mitarbeiterzahl wahrscheinlich den Haushalt etwas sanieren - laut Auskunft aus Nordfriesland kommt wesentlich weniger Geld bei den Betroffenen an als in Dithmarschen.

Ein Antrag der CDU-Fraktion auf Verschiebung der Entscheidung auf dem September 2010 wurde ebenfalls abgelehnt.

Des weiteren wurden wieder Resolutionen zum Erhalt des Friedrichskooger Hafens eingebracht. Wie jedoch jeder aus der Presse weiß, hat die Landesregierung sich gegen Friedrichskoog entschieden.

Die Schülerbeförderung die Zuschüsse werden weiter bezahlt. Der Betrag ist minimal.

Wie jetzt jedoch zu ersehen ist wird Landesregierung die Westküste weiter vernachlässigen; Alle Beteuerung der CDU/FDP zum Trotz entscheidet die Landtagsfraktion sich gegen die Menschen. Also sind die angenommenen Resolutionen und Eingaben nur Makulatur - wir könnten sie uns schenken.

Aus dem OV Marne

Der Ortsverband Marne hat einen neu gewählten Vorstand

Vorsitzende : Christel Villing
Vorsitzender : Hermann Rolnik
Schriftführer: Klaus Roosen

Wir wünschen dem Vorstand auf diesem Weg viel Freude und viel Erfolg bei seinen bevorstehenden Aufgaben!

Termine

06.08.2010 **Programmdiskussion** in Heide, Brockenhaus, Beginn 19:00
11.08.2010 **Kreisvorstandssitzung** in Marne, Gaststätte Marner Eck, Beginn 19:15
13.08.2010 **Treffen des OV Heide** im Brockenhaus, Lerchenstraße 3, Beginn 19:00
25.08.2010 **Stammtisch des OV Marne** Gaststätte Marner Eck, Beginn 19:00
26.09.2010 **Landesparteitag** in Neumünster, Kiek In, Beginn 10:00
20.10.2010 **Veranstaltung mit Raju Sharma** in Heide, Bürgerhaus
Beginn 19:00

[Mehr zu den Terminen gibt es hier](#)

Impressum

Verantwortlich für die Gestaltung und den Inhalt:

Daniel Hofmann
Ellingstedter Weg 5a
25767 Albersdorf
☎ 04835 7419
✉ d.hofmann@online.de

Zum Schluss noch eine kleine Bemerkung:
Oskar Lafontaine macht jetzt auch Werbung... für Bier:
Hasseschröderpremiumpils.